Nr. 33 XXVIII. Jahrgang

Mittwoch, 4. Februar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13638, 13697, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise: Grundzeile, 80 mm breit, M. 1.50, für das Ausland M. 2.—. Reklamezeile, 82 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 5.—. Bei Ziffern- oder Auskunft 10 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Grundpreise 10 v. H. Zuschlag. Briefgebühr 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Bestellung in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Bestellung im Ausland laut Einlagung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 3.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die Verkürzung der Brotration

Was Sachverständige als unvermeidlich vorausgesehen haben, ist nun tatsächlich eingetreten. Die tägliche Brotration von 200 Gramm wird auf 200 Gramm gekürzt. Wenn auch die offiziöse Ankündigung nur davon spricht, daß die Kürzung erst in nächster Zeit und vorübergehend erfolgen soll, so ändert das nichts daran, daß sie unvermeidlich ist. Es sei daran erinnert, daß die amtlichen Stellen auch vor wenigen Wochen die Notwendigkeit einer Kürzung bestritten, sowie, daß sie sich darüber beklagten, daß die Verbreiter solcher Nachrichten neue Unruhen ins Volk tragen. Allein, wer auf Grund der Ernteergebnisse die Verteilung nachprüfte, konnte ohne Schwierigkeiten ausrechnen, daß sich die Ration von 200 Gramm nicht aufrechterhalten lassen würde. Die Herabsetzung der Ration wurde verzögert in der Annahme, daß die Zufuhren aus dem Auslande sich steigern würden, was sich längst als unmöglich herausgestellt hat. Gewiß sind auf überseeischen Getreidemärkten erhebliche Vorräte vorhanden, aber wir können zum Beispiel argentinischen Weizen nicht hereinbekommen, weil die Tonne Weizen für uns 800 bis 1000 M. kosten würde. Das Reich vermag die hierzu erforderlichen Zuschüsse nicht zu leisten. Waren stehen uns als Gegenwerte nicht zur Verfügung, so daß wir uns eben in der Hauptsache mit den Erzeugnissen der heimischen Industrie zurechtfinden müssen. Nach dem Verlust der Kornkammer im Osten sind die Aussichten verhältnismäßig gering.

Weder das Reichswirtschaftsministerium noch die Getreidestellen haben es für erforderlich gehalten, die tatsächlichen Ernteergebnisse bekanntzugeben. Das ist aber unumgänglich, wenn nicht neue Unruhen ins Volk getragen werden sollen. Auf der einen Seite fordert die Landwirtschaft in ihren Berufsvertretungen die Aufhebung der Zwangswirtschaft, um die Erzeugung selbst steigern zu können, auf der andern Seite aber haben Verbraucherkreise unter Führung der Städte dagegen Widerspruch erhoben. Es ist eine völlige Verkennung der Sachlage, wenn der „Vorwärts" am 3. Februar schreibt, daß wir selbst bei nicht völlig ausreichender Gesamterzeugung durchkämen, wenn nur mit fester Hand alle Maßnahmen zur Ablieferung getroffen würden. Er setzt also einfältig bösen Willen bei den Landwirten voraus, während selbst die offiziöse Anzeige, die die Kürzung der Ration mitteilt, als Ursache die schlechte Kohlenbelieferung erklärt. Aber selbst vermehrte Kohlenzufuhren können den Minderertrag der Ernte nicht ausgleichen.

So tappen wir im Dunkeln und der Verhetzung sind Tür und Tor geöffnet. Daß die Zwangswirtschaft versagt hat, ist unbestritten. Sie kann auch mit schärfster Durchführung nicht mehr aus dem Boden herausholen, als dieser leisten kann. Aber die Furcht, daß die Aufhebung der Zwangswirtschaft zu unerschwinglichen Preissteigerungen führen würde, ist bedingt richtig, da eine Annäherung an den Weltmarktpreis erfolgen müßte. Wir haben diese Preissteigerung erlebt bei allen freigegebenen Erzeugnissen, wie Hafer, Eier und Hülsenfrüchte. Nun kann man wohl sagen, daß in diesen Fällen die Steigerung besonders groß war, weil sie Einzelfälle blieben, und sich die Landwirte wie auch der Handel am Verkauf dieser Erzeugnisse schadlos halten wollen für den mäßigen Verdienst an den zwangsbewirtschafteten Produkten. Aber dieser Einwurf scheint doch nicht ganz stichhaltig zu sein, da die Erfahrung lehrt, daß bei einem so trostlosen Mangel an allem Lebensnotwendigen die Preisbildung prinzipiell nach dem teuersten Produkt stattfindet, so lange, bis das Angebot die Nachfrage deckt. Ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage ist nur möglich durch Einfuhr, da unsre Inlandsproduktion nicht ausreicht. Eine Einfuhr aber ist nicht möglich bei dem schlechten Stand unsrer Valuta. Also ergibt sich auch hier wieder unsre Abhängigkeit vom Ausland.

Sir Auckland Geddes, der britische Handelsminister, sagte vor der Handelskammer von Plymouth in einer Rede, „die große Lehre des Krieges für den Kaufmann sei, daß die Völker voneinander abhängen und nicht unabhängig seien. Solange Europa nicht auf die Beine gesetzt sei, könne im Handel und in der Industrie keine Stabilität erwartet werden." Für uns trifft diese Bemerkung in weitestem Maße zu. Eine Gesundung unsrer inneren Verhältnisse ist ohne Unterstützung durch das Ausland nicht möglich. Wir brauchen sie vor allem zum Abbau des unheilvollsten „notwendigen" Uebels, der Zwangswirtschaft, die unsre ganze Wirtschaftsmoral zerstört hat. Solange uns aber diese Hilfe nicht gesichert ist, werden wir nur höchst vorsichtig mit der Freigabe der notwendigsten Erzeugnisse, wie jetzt mit der Kartoffel, fortschreiten können.

•

Abbau der Zwangswirtschaft

Wie verlautet, beabsichtigt das Reichswirtschaftsministerium auf Veranlassung des preußischen Landwirtschaftsministers, die Zwangswirtschaft für Kartoffeln im Herbst dieses Jahres aufzuheben. Dieser Beschluß soll vom Reichswirtschaftsministerium bekanntgegeben werden.

Eine Konferenz skandinavischer Minister

Kopenhagen, 3. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Aus Christiania wird gemeldet, daß die nordische Ministerzusammenkunft vom 1. bis 4. Februar dauern wird. Der dänische und der schwedische Ministerpräsident und die Minister des Aeußeren sind bereits in Christiania eingetroffen und haben als Gäste des Königs im Schloß Wohnung genommen. Auf der Konferenz wird einheitlich der Beitritt der nordischen Länder zum Völkerbund erörtert werden.

Die Auslieferung

Die Strafbestimmungen des Friedensvertrages, die Artikel 227 bis 230 über die Auslieferung und die Aburteilung Wilhelms II. und der irgendwelcher Verbrechen im Kriege beschuldigten deutschen Heerführer, Offiziere, Soldaten, werden von den Alliierten mit der ganzen Hartherzigkeit und Hartnäckigkeit gegen noch dem Buchstaben durchgesetzt. Die deutsche Note, in der vermutlich das Angebot unsrer Regierung wiederholt worden ist, die beschuldigten Personen vor einen deutschen Gerichtshof zu stellen, zu dem Vertreter der Alliierten als Nebenkläger hinzugezogen werden sollen, ist von den Alliierten zurückgewiesen worden. Die am gestrigen Montag abgehaltene Botschafterkonferenz in Paris hat die berüchtigte Auslieferungsliste beraten. Verschärfte Meldungen über die Namen, die darauf stehen, oder die Zahl der Beschuldigten liegen noch nicht vor. Es ist natürlich, daß darüber eine Menge unkontrollierbarer Gerüchte in der alliierten und neutralen Presse im Umlauf sind. Wir verzeichnen die folgenden Meldungen:

Rotterdam, 3. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die „Morning Post" meldet aus Paris: Die deutsche Note gegen die Auslieferung ist in der Sitzung der alliierten Vertreter am Sonnabend zurückgewiesen worden, da die Forderung der Alliierten im Friedensvertrag, den Deutschland unterzeichnet habe, begründet sei. Die Antwort an Deutschland werde erst mit der Auslieferungsliste überreicht werden.

ITA. Köln, 3. Februar. (Ein. Drahtbericht.) Die „Köln. Ztg." meldet aus Paris: Nach der Pariser Tagespresse hat sich die Botschafterkonferenz unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Millerand am Montag mit der Frage der Auslieferungen beschäftigt. Der „Tempo" behauptet, die Liste sei so geblieben, wie sie in Gegenwart des englischen Lordkanzlers aufgestellt worden sei. Er glaubt, die verbündeten Regierungen würden jedenfalls zur Kenntnis der deutschen Regierung bringen, daß sie noch eine sehr große Anzahl andrer Namen auf die Liste hätten setzen können, wenn sie alle Deutschen vor Gericht stellen wollten, die sich Verbrechen gegen die Kriegsgesetze schuldig gemacht hätten. Die „Liberté" glaubt, die Liste enthalte 250 Namen.

Nach einer Züricher Meldung hat die mit der Prüfung dieser Frage beauftragte Pariser Kommission 900 Namen auf die Liste gestellt. Frankreich soll für sich die Zahl der Auszuliefernden von 500 auf 834 heraufgesetzt haben. Belgien verlangt etwa ebensoviel Deutsche. Reuter stellt zu den Gerüchten über eine Revision der Liste ausdrücklich fest, eine Verringerung der Zahl der Deutschen sei nicht beabsichtigt, die Liste umfasse etwa 800 Namen. Nach einer Meldung soll diese Liste dem Freiherrn v. Lersner nach der Montagskonferenz bereits übergeben worden sein, und dieser soll sie schon dem deutschen Geschäftsträger Dr. Mayer zur Weiterbeförderung an die deutsche Regierung übermittelt haben. Nach einer andern Meldung steht die Ueberreichung in Paris erst in den nächsten Tagen bevor. Wie dem auch sei, die

Racheprozesse in Paris

sollen schon in der nächsten Zeit Tatsache werden. Die Frist zur Auslieferung wird sehr kurz bemessen sein. Im April will man die Komödie in Paris beginnen. Es wird eine Sensation für die Ententeländer werden, denn die Verhandlungen werden öffentlich sein. Es liegen die folgenden neuen Meldungen vor:

Genf, 3. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet: Die Auslieferungsnote an Deutschland, die die Liste enthält, stellt eine dreiwöchige Frist zur Auslieferung der angeschuldigten Deutschen an den alliierten Gerichtshof in Paris. — „Homme libre" und „Temps" schreiben, die Auslieferungen seien bis Mitte März zu bewerkstelligen, da die Prozesse gegen die Deutschen schon in der ersten Aprilwoche in Paris beginnen.

Rotterdam, 3. Februar. (Eig. Drahtbericht.) „Daily Mail" meldet aus Paris: Nach einem Beschluß der alliierten Justizkommission zur Vorbereitung der Aburteilung der Verbrechen im Kriege werden die Prozesse gegen die ausgelieferten Deutschen öffentlich sein. — Die Pariser Hotels sind schon jetzt mit Vorbestellungen aus England und Amerika für die Tage der deutschen Prozesse überfüllt. „Daily Telegraph" meldet, daß bei Lloyd in London Wetten für und gegen die Aburteilung Wilhelms II. abgeschlossen werden, die am 1. Februar drei für und zwei gegen die Aburteilung standen.

Ein bemerkenswertes Kapitel von der Ritterlichkeit der Engländer liefert ein Brief des britischen Generals Hamilton, der sich nach dem „Algemeen Handelsblad" zum Fürsprecher für seinen Gegner bei den Dardanellen, den Marschall Liman v. Sanders macht. Zu dem Gerücht, daß der Name des deutschen Marschalls auf der Auslieferungsliste stehe, sagt Hamilton, er sei überzeugt, im Namen aller Truppen, die an den Dardanellen gekämpft haben, zu sprechen, wenn er den Wunsch zum Ausdruck bringe, daß Liman v. Sanders nicht vor Gericht gezogen werde. Liman v. Sanders sei ein ehrlicher Gegner gewesen und habe nie die britischen Sammelplätze oder Hospitalschiffe mit Bomben bewerfen lassen.

Die Frage der Auslieferung Wilhelms II. durch Holland ist noch nicht weitergekommen. Die neue Note der Alliierten an Holland soll dort noch nicht eingetroffen sein. — Schloß Amerongen ist seit Freitag durch holländische Gendarmerie völlig abgesperrt, wie verlautet, infolge eines Schreibens des englischen und des französischen Gesandten, der Freitag früh im Ministerium des Aeußeren unternommen worden ist. Die Absperrung dient, dem „Courant" zufolge, lediglich Sicherungszwecken. — Wie die Dinge heute liegen, ist mit neuen Maßnahmen der Alliierten sowohl gegen Holland wie auch gegen Deutschland zu rechnen. Man macht sich, wie Havas schreibt, in Paris auf einen starken Widerstand der deutschen Regierung in der Auslieferungsfrage gefaßt.

•

Die ungenügenden deutschen Kohlenlieferungen

ITA. Köln, 3. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „Köln. Ztg." aus Paris erfährt, hat die Botschafterkonferenz am Montag sich auch mit den Kohlenlieferungen Deutschlands beschäftigt. Ministerpräsident Millerand hat gestern den verbündeten Friedensabordnungen eine Aufstellung überreichen lassen, durch die er sie über die Kohlenförderung Deutschlands unterrichtet. Er erklärte heute, es handle sich bei den geringen Mengen von Kohlen, die Deutschland Frankreich liefere, um eine Verletzung des Friedensvertrages. Die Kohlenlieferungen seien für das wirtschaftliche Leben Frankreichs sehr bedeutend und stellten eine der Grundlagen des Wiedergutmachungssystems dar.

•

Die Ablehnung des Herrn v. Lucius

* Berlin, 2. Februar. Zu der Meldung, daß die italienische Regierung der Wahl des bisherigen deutschen Gesandten in Stockholm, Baron v. Lucius, zum Vertreter des Deutschen Reiches in Rom nicht zustimme, schreibt die „Deutsche Allg. Ztg.": Die Meldung ist materiell richtig. Die italienische Regierung hat tatsächlich in Berlin mitteilen lassen, daß ihr Herr v. Lucius wenig angenehm wäre. Aus Anlaß dieses neuen Falles kommen einige Blätter auf die Absage Spaniens zurück und greifen wiederum das Auswärtige Amt an, weil es das Agrement für die neuen Vertreter nicht vorher eingeholt habe. Diese Vorwürfe sind unbegründet. Denn für einen Geschäftsträger wird nach diplomatischem Brauch kein Agrement eingeholt. Die Notwendigkeit besteht nur für die drei obersten Klassen der Diplomaten: Botschafter, Gesandte und Ministerresidenten. Der Geschäftsträger ist lediglich bei den fremden Ministerien beglaubigt, nicht aber bei den Staatsoberhäuptern.

* Berlin, 3. Februar. Von gutunterrichteter Seite hört die „N. P. A.": Solf dürfte nicht nach Japan gehen. Genannt wird als Nachfolger für Solf der frühere Generalkonsul Thiel. Längere Erfahrungen an Ort und Stelle und die japanischen Sprachkenntnisse empfehlen ihn ganz besonders.

Die neue englische Territorialarmee

* Haag, 3. Februar. In einer Rede, in der er die Neubildung des Territorialheeres zur Verteidigung des britischen Reiches begründete, führte Churchill laut „B. T." u. a. aus: Eine Gefahr der Invasion auf englisches Gebiet besteht nicht mehr. Wir müssen bereit sein, das englische Territorium zu verteidigen, nun unserm Vertrag mit Frankreich und Belgien zu gemeinsamer Verteidigung gegen Deutschland zu genügen. Wir müssen also die neue Territorialarmee im Sinne der Verteidigung des Reiches aufstellen. Dies dient auch zur Unterstützung der alliierten Staaten Frankreich und Belgien. Man muß annehmen, daß der nächste Krieg schneller entschieden wird als der letzte. Die gegenwärtige Generation wird nach Ansicht Churchills keinen großen Krieg mehr erleben. Die Territorialarmee darf, wie es in den Regierungsvorschlägen über die Verwendung der Streitkräfte heißt, nur für Uebersee verwendet werden, auf Grund eines Gesetzes, das die Ermächtigung zur Entsendung auf einen Kriegsschauplatz erteilt. Die Werbetätigkeit für die Territorialarmee wird am 15. Februar beginnen. Nur voll dienstfähige Leute zwischen 18 und 38 Jahren werden eingestellt. Größere Sorgfalt wird gelegt werden auf die vollständige Ausführung der geplanten Einheit und auf die Ausbildung eines Generalstabes und von Stabsoffizieren. Es werden 14 Divisionen gebildet werden, die im Ernstfalle 345 000 Mann zählen werden. Die Friedensstärke wird 60 Prozent betragen, also 207 000 Mann. England wird, so sagte Churchill weiter, durch die Organisation dieser Armee eine sehr bedeutende Militärmacht. Churchill stellt es als selbstverständlich hin, daß Bundespflichten Englands gegen Frankreich und Belgien bestehen, die bisher von der englischen Regierung durchaus geleugnet worden sind. Die „Times" erklären sich mit dem Entwurf einverstanden. „Manchester Guardian" hält die Sicherung gegen willkürliche Verwendung der Territorialsoldaten durch die Vorlage nicht für ausreichend.

•

Englischer Druck auf Polen

Der „Morning Post" wird aus Warschau berichtet, daß der polnische Gesandte in London seiner Regierung eine Mitteilung zukommen ließ, nach welcher Lloyd George sich geweigert habe, der polnischen Armee gegen zukünftige Angriffe durch die Bolschewisten Unterstützung zu gewähren. Der englische Ministerpräsident soll klar zu verstehen gegeben haben, daß er sich keineswegs einem Friedensschlusse zwischen Polen und Sowjetrußland entgegensetzen werde. Der Korrespondent der „Morning Post" will von einer Stelle, die dazu ermächtigt ist, erfahren haben, daß alle erdenklichen Anstrengungen gemacht würden, um Polen zur Einstellung der Feindseligkeiten zu bewegen.

•

Unterzeichnung des russisch-estnischen Friedens

„Nieuwe Courant" meldet drahtlos aus Moskau, daß der Frieden zwischen Sowjetrußland und Estland um 2 Uhr nach Moskauer Zeit in Dorpat unterzeichnet wurde.

•

Ostsibirien unter Bolschewistenherrschaft

Die „Times" melden aus Charbin, daß die Bolschewisten das 20 Meilen von Wladiwostok entfernte Okeanisko und die Stadt Nikolskajew erobert haben. In Nikolskajew war der für Wladiwostok aufgestapelte Proviant untergebracht. — Aus Irkutsk wird gemeldet, daß die Banken nationalisiert worden sind. — Die Sowjetkommissare haben ein Revolutionsgericht gebildet, um Kolischak abzuurteilen. Man wird ihn jedoch nach Moskau vor das höhere Gericht bringen.

Plünderungen des Waffendepots in Gallipoli

Havas-Reuter erfährt, daß einem Telegramm aus Konstantinopel zufolge, die Nationalisten am letzten Mittwoch eine regelrechte Plünderung des großen Kriegsmaterialdepots in Gallipoli veranstaltet hätten. Es seien 80 000 Gewehre, 500 000 Patronen und 33 Maschinengewehre geraubt und wahrscheinlich nach der asiatischen Türkei gebracht worden.

Entscheidende Tage in der Nordmark

Von unserm ins Abstimmungsgebiet entsandten Sonderberichterstatter

Flensburg, 30. Januar

Der 10. Februar, der Tag der Abstimmung über die nördliche Zone, rückt immer näher. Die Entscheidung über Flensburg fällt zwar erst einen Monat später, am 7. März, einem Sonntag, wie soeben bekannt wird, aber die Flut der nationalen Erregung wächst mit jedem Tage, in Flensburg sogar jetzt schon in höherem Grade, als die der ersten Zone. Denn hier, in einer so reindeutschen Stadt, wird die Agitation der Dänen naturgemäß als besonders herausfordernd empfunden. Dazu kommt die Anwesenheit der fremden Kriegsschiffe in der Förde und der alliierten Truppen. Die englische Besatzung, etwa 900 Mann, ist eingetroffen, und hat dadurch die früher verbreitete Meldung, England würde sich an der Besetzung der Abstimmungsgebiete überhaupt nicht beteiligen, auch bündigste widerlegt. Es war auch wenig glaublich, daß die Engländer gerade hier, in einem der besten und wichtigsten Häfen des deutschen Nordens, den Franzosen das Feld allein überlassen würden; andererseits erscheint dem Flensburger die englische Besatzung immer noch verträglicher als die gallische Invasion, wenn er auch äußerlich beiden Nationen mit der gleichen kühlen Ruhe begegnet.

Bei der Ankunft der Engländer hat sich übrigens, wie erzählt wird, ein niedlicher Zwischenfall ereignet. Als der frühere deutsche Wörmanndampfer mit den Truppen an Bord in Mürwik gemeldet wurde, wollten die Franzosen es sich nicht nehmen lassen, ihre Bundesgenossen festlich zu empfangen. Sie gedachten zu diesem Zwecke in aller Eile eine Abteilung Alpenjäger mit der Musikkapelle auf dem deutschen Dampfer, der planlich früh 7 Uhr von hier nach Sonderburg abgeht, nach Mürwik zu entsenden. Aber der deutsche Kapitän wußte die ihm damit zugedachte Ehre nicht zu schätzen und verlangte für die Beförderung der Krieger, der Valuta Rechnung tragend, kühl und geschäftsmäßig achthundert Mark. Diese Summe hatte der französische Kommandant aber nicht zur Hand oder fand sie zu hoch, und so fuhr der Dampfer fahrplanmäßig ohne die Alpenjäger ab. Der festliche Empfang der Engländer durch ihre Alliierten mußte unterbleiben und der englische Oberst sich mit einem Blumenstrauß begnügen, den ihm die Gattin des Redakteurs vom „Flensborg Avis", dem hiesigen Dänenorgan, überreichte.

Die alliierten Truppen versehen neben der städtischen Polizei den Sicherheitsdienst in der Stadt, zuweilen durchziehen Patrouillen mit aufgepflanztem Seitengewehr die Straßen. Zum Polizeidirektor hat man einen Dänen ernannt, aber die Beamten sind natürlich deutsch. Deshalb soll, wie es heißt, der Sicherheitsdienst überhaupt von den alliierten Truppen übernommen werden, doch wird man sich das hoffentlich überlegen, denn die deutsche Polizei hat ihre Aufgabe bisher durchaus erfüllt und die Ruhe ist, von einigen kleinen, durch die dänische Agitation provozierten Aufläufen abgesehen, bisher in keiner Weise gestört worden.

Die Dänen arbeiten fieberhaft mit Hochdruck und, wie zugegeben werden muß, auch mit großem Geschick, um Stimmen für ihre Sache zu werben. Dabei stehen ihnen offenbar große Mittel zur Verfügung, und durch den trostlosen Stand der Mark wird ihnen ihre Aufgabe noch wesentlich erleichtert. Die Valuta ist aber auch eines der Hauptargumente, mit denen sie arbeiten. Immer wieder weisen sie in ihrer Presse, in riesigen Plakaten, Bildern und Flugblättern auf den verzweifelten Stand der deutschen Wirtschaft hin und malen den armen Deutschen höchst verlockend das dänische Paradies aus, worin Milch und Honig fließt. Dabei verschweigen sie natürlich sorgfältig, daß gerade wegen des schlechten Standes der Mark den Schleswigern, falls sie unter dänische Herrschaft kommen sollten, die bitterste Enttäuschung droht. Ganz abgesehen davon, daß es auch in Dänemark keineswegs so günstig steht, wie die Werber für den Danebrog behaupten.

Um ihrer Agitation den nötigen Nachdruck zu verleihen und das ihnen durch die Valuta gegebene finanzielle Uebergewicht ausnutzend, haben die Dänen zu ihrem schon bestehenden, früher kaum sechshundert feste Bezieher zählenden Blatt, dem „Flensborg Avis", noch eine deutsche Zeitung gekauft und lassen obendrein noch ein drittes Blatt in deutscher Sprache erscheinen, das ihre Sache vertritt. Aber alle ihre Anstrengungen werden vergeblich bleiben. Je rücksichtsloser und dreister sie vorgehen, um so kräftiger wehrt sich der nationale Geist der Schleswiger Deutschen dagegen, um so mehr werden auch die lauesten Gemüter aufgerüttelt.

Wie tatkräftig die deutsche Abwehr ist, wie treu und unermüdlich überall die deutschen Ausschüsse arbeiten, davon konnten wir uns außer schon in Flensburg selbst vorgestern auf einer Fahrt in die nördliche Abstimmungszone überzeugen. Man gibt sich ja über das voraussichtliche Ergebnis der Abstimmung in der ersten Zone keinen Illusionen hin; man weiß, daß dort im Norden, vor allem auf dem Lande, eine dänische Mehrheit ist und hätte deshalb deutscherseits gegen eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende neue Festsetzung der Grenze nichts einzuwenden gehabt. Aber die Linie, die der Versailler Vertrag zieht, die sogenannte Clausensche Linie, entspricht der wirklichen Lage durchaus nicht. Sollte sie nicht nur für die Abstimmung, sondern auch für die endgültige Festsetzung der Grenze maßgebend sein, so würden zahlreiche deutsche Gemeinden vergewaltigt werden, so wäre von Selbstbestimmung keine Rede. Tatsächlich liegt nördlich dieser Linie noch ein dritter Gürtel mit einer deutschen Mehrheit, mit Ortschaften, die bei gemeindeweiser Abstimmung, wie sie der Friedensvertrag für die zweite Zone vorsieht, zweifellos an Deutschland fallen würden. Auf unsrer Fahrt, die über Tondern bis hinauf nach Lügumkloster und von dort nach Apenrade ging, konnten wir uns davon überzeugen, wie stark das Deutschtum in dieser Gegend ist. Hinzu kommt, daß die Clausensche Linie auch den natürlichen Verhältnissen in keiner Weise Rechnung trägt, daß sie die Deichverbände in den Marschen an der Westküste zerreißt, während im Osten die Flensburger Förde halb deutsch, halb dänisch werden würde, ein unhaltbarer Zustand. Es sind also für die Deutschen Gründe genug vorhanden, der Entscheidung auch in der ersten Zone nicht ganz tatenlos entgegenzusehen, wenn man auch davon überzeugt sein mag, daß sie größtenteils für Dänemark ausfallen muß.

Mit Recht hat das Deutschtum deshalb den Kampf schon in der ersten Zone mit größter Entschlossenheit

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200204/1